

# Vorwärts

Bestellungen  
nehmen an alle Postämtern und Buch-  
handlungen des In- u. Auslandes.  
Hilf-Expeditionen.  
New York: Eng. & Emory, 154 Eldridge Str.  
Philadelphia: E. G. & S. 430 North  
3rd Street  
J. Hill, 112 Charlotte Str.  
Boston N. J.: J. H. Gorge, 215 Wash-  
ington Str.  
Chicago: W. Baermer, 74 Clybourne  
San Francisco: J. G. & S. 418 O'Farrell Str.  
London W.: G. G. & S. 8 New  
Golden Square.

## Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 67.

Sonntag, 10. Juni.

1877.

### Zum jüngsten Staatsstreich des Herrn Mac-Mahon.

Wir glauben Niemandem etwas Unerwartetes oder Neues zu sagen, wenn wir die Ansicht aussprechen, daß die Republik diejenige Staatsform ist, in der allein sich der freiheitliche, der demokratische Gedanke voll und ganz durchführen läßt. Aber einem solchen Exemplar von einer Republik, wie es Frankreich seit dem Sturze der Commune uns darbietet, möchten wir doch ohne Bedenken die absolute Monarchie von „Gottes Gnaden“ gleichstellen, für die man uns sonst nicht gerade eine Schwärmerei nachsagen kann. Seit dem Mai 1871 haben in Frankreich Volksverrath und Freiheitsmord ununterbrochen sich breit gemacht, und wir haben das tieftraurige und doch wieder geradezu lächerliche Schauspiel gesehen, daß in einer Republik die monarchisch gesinnten Blätter laut für Bonapartismus, Deleanismus und Legitimismus Propaganda machen durften, während selbst gemäßigtere freiheitliche und republikanisch gesinnte Blätter auf jede Weise verfolgt und unterdrückt wurden; in den offiziellen Aktenstücken der Regierung einer Republik aber wurde der Name Republik vollständig vermieden.

Nach langem Zaudern ist jetzt endlich vor einigen Wochen der Staatsstreich fertig geworden; Mac-Mahon, dieser Ritter der traurigsten Gestalt, hat im Widerspruch mit dem ausgesprochenen Willen des Landes ein ultrareaktionäres Ministerium berufen, und von allen Seiten erhebt sich jetzt die reaktionäre Meute, die, wenn auch noch so zerpalten unter sich, wenn auch noch so verschieden in den Aeußerungen und Systemen ihres Wahnsinns, doch einig ist im Kampfe gegen die höchsten und heiligsten Güter der Menschheit.

Wie sehr die jetzige Regierung bestrebt ist, auch die geringsten Reste von Freiheit und freier Meinungsäußerung, die dem Lande noch geblieben waren, zu vernichten, das beweist das Rundschreiben, das der augenblickliche Ministerpräsident, Herzog von Broglie, an die Generalprokuratoren erlassen hat und das wir hier im Auszuge, aber in diesem auch wörtlich folgen lassen, da jede einfache Inhaltsangabe unmöglich die Schamlosigkeit kennzeichnen könnte, mit der diese Vertreter der „göttlichen Weltordnung“ zu Werke gehen. Dasselbe lautet:

Herr Generalprokurator! Der Präsident der Republik hat, indem er sich von seinem Ministerium trennte und eine neue politische Richtung einschlug, einen gesetzlichen Gebrauch von dem ihm verfassungsmäßig zustehenden Rechte gemacht.

Wenn er in den politischen Gang der Dinge eingegriffen hat, so geschah es, um dem Umfichgreifen der radikalen Lehren Einhalt zu thun, welche in seinen Augen unter jeder Regierungsform mit dem gesellschaftlichen Frieden und der Größe Frankreichs unverträglich sind. Da also weder an den Verfassungsregeln, noch an irgend einem anderen Gesetz etwas geändert ist, so habe ich auch nichts an den Bestimmungen zu ändern, welche Sie über die denselben schuldige Achtung und den Geist, in dem sie zu handhaben sind, erhalten haben. Aber Sie fühlen wohl selbst, daß, je mehr sich die politischen Leidenschaften in Ihrem Amtstreife regen und durch die zum Austrag kommenden Fragen aufgereizt werden, Sie auch desto mehr Festigkeit und Wachsamkeit in der Erfüllung aller Ihrer Pflichten entwickeln müssen.

Unter den Gesetzen, deren Obhut Ihnen anvertraut ist, sind die heiligsten diejenigen, welche, auf Grundsätzen beruhend, die über allen politischen Verfassungen stehen, die Sittlichkeit, den Glauben, das Eigentum und die wesentlichen Grundlagen jeder civilisirten Gesellschaft beschützen. Gerade diese sind täglich der Gegenstand der Angriffe einer Presse, deren grobe Schmähungen alle Grenzen übersteigen. Sie werden diese Presse durch nachdrückliche Abmahnung zur Achtung vor sich selbst und vor ihren Lesern anhalten und damit nur der öffentlichen Entrüstung eine Genugthuung geben.

Noch einige andere Punkte verdienen in dieser Periode leidenschaftlicher Diskussionen Ihre ganz besondere Aufmerksamkeit. Man hat in der letzten Zeit mehr als einmal in mehr oder weniger verhallter Weise, sei es die Verherrlichung oder die Beschönigung des traurigen Bürgerkriegs unternommen, welcher Paris im Jahre 1871 heimgeführt hat. Einige Blätter haben zu diesem Behuf sogar, den positiven Vorschriften des Gesetzes zuwider, die Mitarbeiterschaft von Individuen in Anspruch genommen, welche wegen dieser gefälligen Vorgänge verurtheilt und verbannt sind. Sie dürfen keinen Versuch dieser Art gestatten. Es ist für die öffentliche Moral von Wichtigkeit, daß der heillose Abscheu, welchen diese unselige Zeit in dem Andenken der Bevölkerung zurückgelassen hat, durch nichts abgeschwächt werde. Jede Beleidigung des Staatsoberhauptes müssen Sie mit päpstlicher Hinterlistigkeit und durch Ihre Organe verfolgen lassen.

Die von den Parteien mehr als je beobachtete Taktik, die öffentliche Meinung durch falsche Nachrichten zu beunruhigen, muß mit nicht geringerer Wachsamkeit bekämpft werden. Niemals ist dieser Kunstgriff mit mehr Keckheit und Erbitterung gebraucht worden, als jetzt.

Man muß diese verleumderische Verschwörung, die sich ein Spiel daraus macht, die Geschäfte lahm zu legen und den Aufschwung des öffentlichen Wohlstandes zu hemmen, selbst auf die Gefahr hin, das Uebel, mit dem sie droht, durch eigenes Zutun herbeizuführen, um jeden Preis entlarven.

Der nicht aufgehobene Artikel 13 des Dekrets vom 17. Febr. 1853 ahndet die Verbreitung falscher Nachrichten mit Strafen, die sich noch härter gestalten, wenn das Vergehen in bösem Glauben begangen ist und die Störung der öffentlichen Ruhe zur Folge haben kann. Sie haben für die Durchführung dieses Artikels zu sorgen und dürfen dabei nicht vergessen lassen, daß

nicht nur die durch die Presse verbreitete falsche Nachricht dem Befehle verfällt, sondern die Lüge auch in jeder andern Form, sobald sie öffentlich auftritt, bestraft werden kann.

Soweit das schamlose Aktenstück des Herzogs von Broglie. Die Geschichte Europas in den letzten fünfzig Jahren hat die Männer, die den Sinn für Wahrheit und Recht besaßen, wahrlich nicht verhöhnt. Wir haben in diesen Jahren manchen Eid von Gewaltigen brechen, manche beschworene Verfassung vernichten, manchmal die Freiheit unterdrücken und die Schande triumphieren sehen, aber es ist uns selten ein Aktenstück vor die Augen gekommen, das dem vorstehenden an die Seite zu stellen wäre. Man kann sagen: jeder Satz desselben ist ein Widerspruch in sich und gegen den vorhergehenden, jede Zeile enthält eine Lüge, jedes Wort ist ein Dolch, der Wahrheit und dem Recht in den Rücken gestoßen.

Eine eingehende Beurtheilung des ministeriellen Machtwortes würde uns zu weit führen, wir glauben aber, daß jeder denkende Leser unser vorstehendes Urtheil nicht zu schroff finden wird.

Wir wollen nun noch die Frage aufwerfen: Wie war es möglich, daß es in Frankreich, dem Lande der Helden, der ersten Revolution, dem Lande der Justkämpfer und der Februarrevolution, wiederum so weit kommen konnte, daß alle Mächte der Finsterniß triumphirend das Haupt erheben?

Und darauf giebt es nur eine Antwort. Es ist die ungeheure Erbärmlichkeit, die unsägliche Feigheit der Bourgeoisie einzig und allein, die dergleichen möglich macht. Der Beweis ist sehr leicht zu führen.

So lange die Bourgeoisie für ihre Freiheit, für die Freiheit des Kapitals, für ihre Gleichberechtigung mit der herrschenden Klasse kämpfte, war sie scheinbar begeistert für Freiheit und Recht, denn das Proletariat hatte sich noch nicht so entwickelt, noch viel weniger so organisiert, wie heute.

Als aber dann die unterdrückte Klasse, das Proletariat, auf den Plan trat und von der Bourgeoisie, die inzwischen in der ersten französischen Revolution zum Sieg gelangt war, dasselbe verlangte, was diese ihrerzeit von der Aristokratie gefordert hatte, da bemächtigte sich eine Klasse Furcht der ganzen Gesellschaft, und man ärgerte nicht, dem Proletariat alles zu versagen, was man für sich selber, für die Bourgeoisie, als Recht in Anspruch genommen hatte.

Ober ist etwa die Eigenthumsverwilderung, welche die Bourgeoisie gegenüber dem Feudalismus des Mittelalters zu Stande gebracht hat, nicht ähnlich einschneidend gewesen in alle Verhältnisse, wie diejenige Aenderung der Eigenthumsverhältnisse, die heute der Sozialismus erstrebt?

In ihrer namenlosen Furcht vor dem Proletariat und dessen Ansprüchen warf sich dann die Bourgeoisie in Frankreich jeder Reaction in die Arme, von der sie nur Aufrechterhaltung aller bestehenden Verhältnisse hoffen konnte. Sie hat dadurch naturgemäß alle Achtung vor sich selbst und vor Anderen verloren, sie kriecht nicht nur gezwungen, sondern freiwillig, wenn nur ihr Gott, der Geldsack, geschützt wird. Da ist es denn natürlich, daß keine Regierung vor einer solchen Gesellschaft Respekt hat, sondern daß sie sich ihr gegenüber jede Bergewaltigung erlaubt.

Und daß es in Frankreich nicht schon viel weiter gekommen ist, daran trägt nicht etwa die republikanisch gesinnte Bourgeoisie die Schuld, sondern nur die dreifache Spaltung im reaktionären Lager selbst.

Leider ist die Aussicht, daß es in Frankreich bald anders und besser — denn schlechter werden kann es nicht mehr — werden sollte, eine sehr geringe.

Ja, wenn die edelsten Söhne des Vaterlandes, die Kämpfer von 1848 und 1849, die Hunderttausend Gemordeten und Verbannenen von 1871 noch lebten, keine Regierung in Frankreich würde es wagen, dem Volke dergleichen zu bieten, wie die jetzige.

Aber die Bourgeoisie, weit entfernt das einzusehen, hat den Mörder dieser Helden nicht nur zugejubelt, sondern hat sie sogar in der Person von Monsieur Thiers und Mac-Mahon an die Spitze des Staates gestellt.

Jetzt erntet sie die Früchte ihrer Dummheit und Kurzsichtigkeit. Es geschieht ihr recht. Daß die Mörder des Proletariats einander in den Haaren liegen, darüber haben wir keine Ursache uns zu grämen.

### Zur Militärfrage.

Von einem Soldaten.

Aufhebung des stehenden Heeres und Einführung der Volkswehr an Stelle desselben, verlangt die Sozialdemokratie innerhalb des heutigen Staates. Selbstverständlich kann dies nicht auf einmal eingeführt, sondern muß Schritt für Schritt erobert werden.

Es wäre jedenfalls eine lohnende Aufgabe für unsere Reichstagsabgeordneten, vorläufig einen Antrag auf Einführung einjähriger Militärdienstzeit zu stellen. Ich werde sogleich beweisen, daß die einjährige Dienstzeit vollständig genügend ist, um den Soldaten auszubilden und kriegstüchtig zu machen.

Bis jetzt ist die Dienstzeit des Soldaten drei Jahre, doch wird ein Drittel der Mannschaft jedes Regiments nach Verlauf zweier Dienstjahre zur Disposition entlassen und meist nur das dritte Jahr auf einige Wochen zum Herbstmanöver eingezogen. Gewöhnlich wird gesagt, daß diejenigen, welche sich zwei Jahre

gut geführt haben, wenig bestraft sind und auch im Schießen die erste Klasse erreicht haben, zur Disposition entlassen würden, doch kann der Feldwebel sehr viel thun, und Denjenigen, welche gut bei ihm stehen und die Mittel haben, hin und wieder „gefällig“ zu sein, wird er sich auch wieder „gefällig“ zeigen! Bei mehreren Compagnien gingen, wie mir bekannt wurde, voriges Jahr, vielbestrafte, dumme, miserabel schießende, schlechte Exerziren, aber reicherer Leute Söhne zur Disposition, während mehrere noch ganz unbestrafte, stramme Exerziren und mit der Schießauszeichnung belohnte Soldaten, aber arme Soldaten! das dritte Jahr „abschrauben“ mußten.

Daraus ist am Besten zu ersehen, daß das dritte Jahr ganz unnütz und schon zum Theile fallen gelassen ist.

Doch auch das zweite Jahr kann fallen! — Wenn der Rekrut eintritt, wird er ein Vierteljahr, oder auch länger, „ausgebildet“. Nach der Rekrutenvorstellung wird er zur Compagnie gestellt und mit der alten Mannschaft einen Monat (oder länger) exerzirt; dann geht das Bataillonshernach das Regimentsexerzieren los, während dessen geschossen wird. Nach dem Regimentsexerzieren beginnt das Brigade-, dann zum Herbstmanöver das Divisions-, oder je nachdem das Armeekorps-Exerzieren.

Betrachten wir vorstehende Einteilung genauer.

Erfiens, was wird dem Rekruten in Zeit des ersten Vierteljahres gelehrt? Wenig, um nicht zu sagen nichts, was er als Soldat nöthig hat. Oder ist es vielleicht im Kriege nöthig, daß der Soldat so stramm stille steht? Wird der Feind leichter geschlagen, wenn die Griffe „Gewehr auf“, Achtung, präsentirt's Gewehr“ u. s. w. recht peinlich exact ausgeführt werden? Oder werden im Kriege Paradezüge geübt und steht der Feind am Flügel und besichtigt die Glieder, ob sie ja schaurgerade sind? Nein, gewiß nicht! Und doch wird die meiste Zeit zu diesen Paradeübungen und Exerzierkünsten verwendet, und dabei der eigentliche Zweck des Soldaten hintangeseht. Würde die Zeit nur angewendet, dem Rekruten Haltung und Tritt beizubringen und alle unnütigen Manipulationen mit dem Gewehr und Richten beiseite gelassen, so würde die Rekrutenausbildung statt vier Monate, vier Wochen dauern und der Mann nicht zur Maschine werden.

Es dreht sich sehr viel über die Rekrutenzeit zu sagen, doch wird das Angeführte genügen. Gehen wir weiter! Bei dem Compagnieexerzieren wird auch noch viel zu viel auf die unnützen Griffe und Paradeübungen u. s. w. gelegt, doch wird schon hin und wieder ein Uebungsmarsch veranstaltet, auch die Chargirungen, Schwentungen u. s. w. geübt, im Zielschießen geht es vorwärts. Bei dem Bataillons- sowie Regiments-Exerzieren ist am hauptsächlichsten der Felddienst, Feldmarsch, Schießen, Fechten und Turnen vorherrschend. Bei der Brigade werden die Bewegungen in größeren Truppenkolonnen und der Felddienst in kleinerem Maßstabe als in der Division geübt. Das Manöver ist allbekannt ein kleiner Krieg ohne Massenschlächtere, darüber will ich nicht sprechen.

Wenn der Soldat vom Tage seines Eintreffens bis zum Manöver dient, ist es voll auf genug; das zweite Jahr kann er nichts Neues mehr lernen, im Gegentheil, das Militärleben wird ihm immer widerwärtiger, er wird ganz gleichgiltig und vergißt das Gelernte noch, besonders wenn bei verminderter Mannschaft die Wachen sich mehren, und, wie es oft kommt, der Mann im Winter alle drei Tage auf Wache kommt. Ueber den Wegfall des dritten Jahres noch ein Wort zu verlieren wäre Raumverschwendung, denn dasselbe hat sich in der Praxis schon lange als unnötig gezeigt und ist eigentlich nur eine Strafe. Aber für den Wegfall des zweiten Jahres kann noch Manches angeführt werden.

Wenn der Soldat als Soldat und nicht als Automat und lebendes Spielzeug abgerichtet wird, so kann ein Drittel des Jahres erspart und für weitere nützlichere Ausbildung im Turnen, Felddienst u. s. w. benützt werden. Ebenfalls können die jetzt bestehenden drei Schießklassen in eine größere komplizirtere, welche denselben Dienst wie drei thut, zusammen gezogen werden, um in einem Jahre die Scheiben-Schießübungen zu Ende zu führen.

Als weiterer Grund ist das Einjährig-Freiwilligen-System hervor zu heben. Unwillkürlich fragt man sich, wie es kommt, daß die Bourgeoisöhnchen allein das Recht gepachtet haben, daß sie bloß ein Jahr zu dienen haben und dann meist mit der Aussicht auf lohnendes Abancement entlassen werden? Haben dieselben, weil sie eine höhere Schule besucht, wirklich soviel Auffassungsgabe, daß sie den praktischen Dienst sogleich verstehen? Nein! Die Herren Freiwilligen mögen aus Büchern noch so gelehrt sein, in der Praxis sind sie, mit wenig Ausnahmen, ziemlich ungeschickt! Was für Reserveoffiziere aus den Freiwilligen werden, kann man sich denken. Frage ich nun: Wenn die Freiwilligen mit einem Jahre Dienstzeit genügend ausgebildet werden können, ist dasselbe nicht auch bei den andern Mannschaften möglich? Gewiß! Es ist thatsächlich jetzt schon so, daß der Mann in einem Jahre vollständig auslernt!

Es ist nichts so schwer für den Soldaten, als die Ungleichheit und Ungerechtigkeit, auf welche er bei jedem Schritte stößt! Dadurch, daß jeder Mann bloß ein Jahr zu dienen hätte, würde sich so eine bedeutende Masse stehendes Militär nicht mehr als nöthig, nicht mehr als möglich erweisen. Demnach blieben mehr bedürfnishabende und werthschaffende frische Kräfte

\*) Auf dem letzten Sozialistencongreß gab dieser Compromißvorschlag, über den wir uns hier jeden Urtheils enthalten, bekanntlich Anlaß zu lebhaften Debatten. Red. d. „S.“

\*) Es stand ein stärkerer Ausdruck da, den wir aber, weil entschieden ungerecht, abzumildern für nöthig hielten. Es liegt in der Natur der Dinge, daß die Proletarier-Soldaten den privilegierten Bourgeois-Soldaten nicht sehr „grün“ sind. Red. d. „S.“



im Lande. Der jetzige Ansehungsmodus müßte dann jedenfalls abgeändert werden, doch das ist Nebensache. Ich weiß wohl, daß das dreijährige Militärsystem eines der besten Agitationsmittel der Sozialdemokratie ist, doch ist nicht zu befürchten, daß durch den einjährigen Dienst wird dem Soldaten schon so viel Abneigung vor dem Militär eingefloßt, daß es für's ganze Leben genügend ist; die späteren Jahre verleben den Menschen nur und machen ihn nur zu oft ungerichtlich, welche gleichsam das leitende Prinzip des Militärsystems ist, ganz besonders geeignet, das Gerechtigkeitsgefühl der jungen Männer zu beleidigen und ihnen die Augen zu öffnen. Denn die Unterordnung oft sehr Gebildeter unter den Willen irgend eines Ungebildeten mit gelber Tresse gibt zu Unzufriedenheit Anlaß, und das ist der Weg, der zum Sozialismus führt.

Ich hoffe mit Fugem die Forderung einjähriger Militärdienstzeit hinlänglich begründet zu haben und halte es für selbstverständlich, daß Arm und Reich ohne Unterschied gleich lange Zeit zu dienen verpflichtet wären. Mögen es Ausführenden nicht ungehört und unüberhört verhallen, denn es ist nach jeder Seite nur von Nutzen und ganz besonders für uns Soldaten.

## Sozialpolitische Uebersicht.

Der letzte Congress der Sozialisten hat unseren Lesern wieder einmal Gelegenheit gegeben, ihre Katholizität, Ignoranz und — Anständigkeit an die große Glocke zu hängen. Anfangs waren sie verduht und saßen lahmjämmerlich gute Bekannte. Nur „mit geistigen Waffen“ sei der Sozialismus zu bekämpfen, und der „geistige Kampf“ müsse nun ernsthaft geführt werden. So schrieb z. B. der „Hamburgische Correspondent“ ganz zerknirscht (Nummer vom 31. Mai):

„Die Ausführlichkeit, mit welcher wir uns bei früherer Gelegenheit über den Einfluß der sozialistischen Presse und über die Zahl ihrer direkten und indirekten Abonnenten und Leser ausgelassen haben, läßt Betrachtungen über diesen Gegenstand ebenso entbehrlich erscheinen, wie Auseinandersetzungen darüber, daß eine Partei, die einen so großen Press-Apparat in Bewegung setzt, in der Zunahme begriffen sein muß. Daß die in Preußen unternommenen Versuche, der sozialistischen Agitation und Vergeltung durch geistliche Urtheile und Coalitionsverbote zu Leibe zu gehen, vollständig unwirksam geblieben sind, ist überdies seit den letzten Wahlen eine allgemein anerkannte, von dem Abg. Wehrensfennig von der Tribüne des Reichstages unumwunden nicht bestrittene Thatsache, für welche es der Angelegenheit natürlich nicht bedarf. Für ebenso augemacht kann angesehen werden, daß die von derselben Seite gegen die gewerkschaftlichen Vereine ergriffenen Maßregeln die erwartete Wirkung nicht gehabt, sondern im Gegentheil dazu beigetragen haben, diese zum Theil neutralen Verbindungen in das sozialdemokratische Lager hinüber zu drängen und der von den Führern verkündeten Lehre, „daß praktische der Sache zur Beförderung der allgemeinen Befreiung, noch nicht an der Zeit sei und bis zur großen Universal-Umwälzung vertagt werden müßten“, Eingang zu verschaffen. Die von dem Berichterstatter Auer abgegebene Versicherung, „daß die Organisation trotz der von der VII. Criminal-Deputation des Berliner Stadtgerichts ausgesprochenen Anklage für Preußen noch auf dem vorjährigen Standpunkte stehe“, ist darum nicht als Uebertreibung anzusehen und wenigstens der Hauptsache nach (!) auf Wahrheit gegründet. — Der Versuch, welche hier und da gemacht gemacht werden, um der Sozialdemokratie durch eigens dazu geschaffene Vereine entgegen zu treten, vielleicht weil diese Vereinigungen zu jung sind, als daß sie sich zu größerer Bemerkbarkeit hätten bringen können (!). Ausdrücklich wird dagegen anerkannt, daß in den katholischen Rheinländern und in Westfalen die sozialistische Agitation „des Culturkampfes und der örtlichen Verhältnisse wegen“ keine Fortschritte gemacht habe. Auf das „Warum“? ist Herr Auer nicht näher eingegangen und brauchen auch wir nicht einzugehen: die Herrschaft der Kirche läßt in jenen Gegenden die Herrschaft anderer Richtungen nicht zu. Es bestätigt das nur den alten Satz, daß geistige Bewegungen allein mit geistigen Waffen bekämpft werden können und daß unter diesen Waffen diejenigen des religiösen Glaubens die stärksten und schärfsten sind. Erhebend kann das von Herrn Auer gemachte Zugeständniß für uns Protestanten nicht genannt werden, von Wichtigkeit ist dasselbe aber für Alle, welche seine Zeugen sind. Daran, daß der Sozialismus nicht mit anderen als geistlichen und sittlichen Waffen zu überwinden ist, kann nicht oft und nicht nachdrücklich genug erinnert werden, — einerlei ob wir diese Waffen schon gegenwärtig zur Hand haben oder nicht.

## Der Triumph der Ordnung.

Man schreibt uns aus London:

Seit einiger Zeit ist in der Kunstgalerie der Regent Street ein Gemälde aufgestellt, welches große Sensation hervorgerufen hat und über welches eine Mittheilung namentlich Ihre Leser interessieren dürfte. Das Bild, eine Steinwand von nicht weniger als drei Metern Länge und zwei Metern Höhe, ist betitelt: „Der Triumph der Ordnung“ und stellt eine der grauenvollsten Szenen des Bürgerkrieges von 1871 dar. Der Schauplatz der Scene ist die nördliche Mauer des Kirchhofs „Père Lachaise“, früher die „Mauer von Charonne“, seit den blutigen Maitagen die „Mauer der Communards“ genannt. Zur Zeit der Commune ging noch jene Mauer entlang ein tiefer, breiter Graben, ein Hohlweg, der für die Fuhrwerke der Steinmehle, sowie zum Abfahren von Erde diente. Heute befinden sich an seiner Stelle breite Reihen wohlgepflegter Grabhügel, deren Kreuze sämmtlich erst aus den letzten vier bis fünf Jahren datirt sind. Der Künstler führt uns nun zurück an den Rand jenes jetzt zugestühten Hohlwegs, zurück in die Maiwoche, und zeigt uns, was dort geschah. Im Vordergrund, im Graben, ein Gewühl von Männern, Frauen und Kindern in wirrem blutigem Haufen theils todt, theils sterbend, gefallene unter den Salven einer Mitrailleuse, die rechts von Soldaten unter dem Kommando zweier, gleichmüthig ihre Cigarette rauchenden Offiziere bedient wird. Einer der letzteren giebt einem Verwundeten, der heraufzuklettern versucht, den „Gnadenschuß“ mit seinem Revolver. Auf der Seite der unversenklichen Sieger befindet sich ein Floßkreuz mit der Aufschrift: „Liebet einander!“ Links aber, auf der Böschung jenseits des Grabens, die Mauer entlang, steht wieder eine Gruppe von Männern, Frauen und Kindern, die eben das Todesopfer erdulden, theils mit wilden, von der Leidenschaft des Kampfes verzerrten Zügen, theils in edler, selbstbewußter, erhabener Haltung, mit Mienen, die eher Mitleid mit den Siegern als mit dem Blut an die Kirchhofmauer geschrieben sind: „Vive l'humanité!“

\*) Es lebe die Menschheit! Und: es lebe die Menschlichkeit.

Mindestens erspart diese Einsicht vergebliche Versuche, auf anderem Wege zum Ziel zu kommen. Das ist auch ein Gewinn, wenn zunächst auch nur ein bescheidener!

Allerdings ein sehr bescheidener. Und der Gewinn schrumpft sogar auf Null zusammen, wenn der „Hamburgische Correspondent“ an dem Trugschlusse festhält, daß „die geistigen Waffen des religiösen Glaubens die stärksten und schärfsten“ seien. Sobald der Culturkampf eingestellt ist, wird sich zeigen, daß die „geistigen Waffen“ des katholischen Glaubens ebenso unwirksam gegen den Sozialismus sind, wie die des protestantischen Glaubens.

In ähnlicher Weise sprechen sich andere liberale Blätter aus, indem die vernünftige Stimmung hielt nicht lang vor, und jetzt giebt die gegnerische Presse sich alle erdenkliche Mühe, ihren Lesern einzureden, daß die sozialistische Bewegung in Deutschland lange nicht so bedeutsam sei, als man im ersten Schreckens sich eingebildet hat; daß sie weder ernsthaften Grundlage entbehre, ein permanentes Defizit leide und von den unfähigen „Führern“ bloß noch künstlich aufrecht erhalten werde, bis es denselben gelingen, sich eine bessere Ergänzung zu verschaffen. Uebrigens seien die „Führer“, denen es ja nur auf die „Arbeitergroßen“ ankomme, bei Vertheilung der Beute einander bereits in die Haare gerathen, und wird dabei auf den Meinungsaustrausch der „beiden Reichstagsabgeordneten Kappellmann und Liebknecht“ hingewiesen, und auf den „erbitterten Kampf“ (!), der zwischen „Vorwärts“ und „Rothe Fahne“ geführt werde; kurz die Spaltung und der Zerfall sei schon da; man brauche nur ein Wischen zu warten, so werde das ganze Gebäude in sich selbst zusammenfallen.

Wartet nur, Ihr Herren! Einen größeren Gefallen könnt Ihr uns nicht thun. Der geistreiche Geschäftspolitiker und streberhafte Wäschjetzfabrikant Richter, welcher in diesem Ghorus den Vorkämpfer spielt, lernt vielleicht mit der Zeit, daß die öffentliche Erledigung von Differenzen bei Parteien ein Zeichen der Einheit und Stärke ist, wie umgekehrt das Vertuschen ein Zeichen der Zerfall und Schwäche, und daß es für einen Parteiführer, — der ja Herr Richter sein will — keinen größeren Fehler giebt, als den Gegner zu unterschätzen und sich und Andere über ihn anzulügen. Im Interesse der Fortschrittspartei und in seinem eigenen persönlichen Interesse — lebt er doch von der Fortschrittspartei — sollte Herr Richter diese sehr einfache Wahrheit begreifen und beherzigen.

Sobald der fortschrittlich-liberal-reactionäre Schlammwulkan zur Ruhe gekommen ist, oder eine Pause macht, werden wir zur Erhöhung unserer Leser eine Sammlung Richter'scher und sonstiger, den Congress betreffender Kraftphrasen veröffentlichen.

— O welche Lust, Soldat zu sein! In diesem tiefsten Kapitel wird der „Neuen Badischen Landeszeitung“ aus Mannheim unter dem 5. Juni geschrieben: „Wir brachten gestern die Mittheilung, daß ein Unteroffizier der 10. Compagnie des hiesigen Infanterieregiments seinem Leben durch Erschießen ein Ende gemacht habe. Aus den von uns inzwischen über diesen traurigen Fall eingeholten Erklärungen ergibt sich zur Evidenz, daß der unzweifelhaft des betreffenden Unteroffiziers — Starek ist der Name desselben — hervorgerufen ist durch die unwürdige Behandlung, welche derselbe von seinem Compagniechef, Hauptmann Meyer, zu erfahren hatte. Starek hatte „au jour“ gehabt und von seinem Feldwebel eine Stunde Urlaub erhalten. Als er, in die Kaserne zurückgekehrt, dem Hauptmann Meyer dies meldete, wurde er von demselben thätlich mißhandelt. Kurze Zeit nachher war er eine Leiche, mit seinem Dienstgewehr hatte er sich den Tod gegeben. In einem Briefe, welchen er noch vor der That an seine Kameraden gerichtet hatte, ist die ihm vom Hauptmann angethane Behandlung als das Motiv bezeichnet, welches ihn zum Selbstmorde getrieben habe. Das Bedauern und die Entrüstung, welches schon ein solcher einzelner Fall allenthalben hervorrufen muß, muß sich zum Entsetzen steigern, wenn man vernimmt, daß dieser Fall innerhalb eines Jahres der dritte Selbstmord bei derselben Compagnie ist.“ — Daß die militärischen Selbstmordtragödien erst mit der Beseitigung des Militarismus ihr Ende erreichen können, braucht kaum gesagt zu werden.

— Stephan contra Klind. In dieser Sache, die wir vor einiger Zeit besprochen, schreibt man uns: „Am 30. Juni, Vormittags 10 Uhr finden in der famosen Disciplinaruntersuchungssache Stephan contra Klind, (dessen Ehefrau — postwidrig — Schriftstellerin, aber keineswegs Post-Frederbandit ist, wie es ein hoher Verwaltungsbeamter beispielsweise seit Jahren gewiss, sogar schon als Assistent in Köln war) vor der Leipziger Disciplinarkammer statt. Die Verhandlung verspricht hochinteressant zu werden; deswegen machen wir jeden vorurtheilsfreien, rechtlich denkenden Leipziger darauf aufmerksam.

Weiterhin rechts gemahrt man noch zahlreiche Gruppen, die zusammengekauert werden und durcheinander in die große Grube stürzen. Im Hintergrund, jenseits des Kirchhofs, Paris in bläulichen Dampf gehüllt.

Der Eindruck, den dieses Bild auf den Beschauer macht, ist ein großartiger, den tiefsten, den für Seele, der sei es aus Unkenntnis der Thatsachen, sei es aus Interesse, Gegner der Communards sind. Alle Londoner Blätter, von dem radikalen „Reynold“ und den fortschrittlichen „Daily News“ bis zu dem konservativen „Standard“ und der offiziellen „Post“, haben mit der größten Anerkennung von dem künstlerischen Werth dieses in Composition, Zeichnung und Farbgebung gleich vortrefflichen Werkes gesprochen und dem Meister, der dasselbe geschaffen, hohes Lob gesendet.

Dieser Meister heißt Ernst Bichio und ist derselbe, der während des Kaiserreichs den Ruch hatte, den Tod Baudin's zu malen, jenes Rannes, der 1851, am Tage nach dem Staatsstreich, dem Volke sagte, „wie ein Volksvertreter für seine fünf- und zwanzig Franken stirbt.“ Natürlich muß ein Maler, um sich auf derartige Kunstvorwürfe zu verlegen, Republikaner und Sozialist sein, was in höher anzuschlagen ist, als die Existenz der meisten Künstler in der heutigen Gesellschaft von der Gunst der reichen Leute abhängt.

Bichio lebt und arbeitet in Paris und ist von den seit 1871 auf einander gefolgtten Regierungen ohne Unterlaß den härtesten Verfolgungen ausgesetzt worden. Man suchte sogar seine Bilder zu vernichten. Glücklicherweise reich die Arme der Versailler Polizei nicht bis nach England. Es wäre zu wünschen, daß auch dem deutschen kunstliebenden Publikum und insbesondere den Arbeitern Deutschlands der Genuß dieses bedeutenden Kunstwerkes auf die eine oder andere Art, sei es durch Ausstellung des Original-Bildes, sei es durch Uebersetzung desselben auf dem Wege der Photographie oder des Holzschnittes, zugänglich gemacht würde.

Das Wort humanität hat beide Bedeutungen. Besonders stark Milliere mit diesem Ruf auf der Jange. R. d. B.

Man wird dort die beste Gelegenheit haben, sich ein Urtheil über das Verhältniß eines Beamten zur Presse und zu seinen Untergebenen zu bilden, nämlich des derzeitigen Generalpostmeisters, Ehrendoctor von Halle, Schriftstellers und Sprachreiner's Heinrich Stephan, Ritter hoher Orden, Excellenz aus Stolz in Hinterpommern, sodann wird man vermuthlich gleichzeitig den Geheimen Oberpostath, außerordentlichen Professor der Berliner Universität und Dr. jur. Dambach bewundern können; weniger Jungirte dieser in derselben Sache wider Klind als öffentlicher Ankläger bei dem Disciplinargerichtshof in Kiel, wo Klind freigesprochen wurde. Die Verhandlungen der Disciplinarkammer sind öffentlich, also am 30. Juni, Vormittags 10 Uhr; alle Mann an Bord! — g.

— Zum Briefstil der Könige. „Vorder-Niß, 8. November 1859. Herrn H. Chr. H. Andersen! An einem sehr schönen Abend jüngst im Wallersee spazieren gehend, habe ich mich an Ihre prächtigen Märchen und Dichtungen erinnert und den Entschluß gefaßt, die Bedenken, welche bisher erhoben wurden, weil Sie nicht ein Deutscher von Geburt, zu beiseitigen und mir das wahrhafte Vergnügen zu geben, Ihnen Reinen Maximilians-Orden zu verleihen, da Sie so sehr im deutschen Sinne gedichtet und Ihre Märchen in Deutschland so populär sind. Noch im Mondlicht habe ich mir den Entschluß in die Schreib-tafel notirt. Wollen Sie die Verleihung dieses Ordens als ein Zeichen betrachten, wie sehr ich Sie schätze und mit welchem Vergnügen ich mich an dem Zusammensein mit Ihnen zurück-erinnere, der ich mit wohlwollenden Gesinnungen bin Ihr wohl-geneigter Max.“

Ein gewisser Jonas, wir bemerken ausdrücklich, daß es nicht derjenige ist, welcher seiner Zeit von einem Wallfisch verschluckt wurde, fühlt den unverdaulichen Verus in sich, Briefe, die an den verstorbenen Märchenschreiber Andersen gerichtet sind, zu veröffentlichen. Wir erlauben uns den Abdruck eines dieser Briefe aus zwei Gründen, einmal um den „Unterthanen“ zu zeigen, welche geistreiche Briefe von Königen geschrieben werden — das „spazieren gehend“ erinnert nebenbei sehr lebhaft an den „Dichterkönig“ Ludwig — und dann weil aus diesem Briefe ersichtlich, daß es Andersen auf dem Wege der Menschwerdung nur bis zum Krieger gebracht hat. Unter den veröffentlichten Briefen befindet sich auch einer vom König Frederik VII. von Dänemark; der König bedankt sich in demselben bei Andersen dafür, daß er ihm seine Märchen vorgelesen.

— Das schweizerische Fabrikgesetz, gegen welches die Fabrikanten Hummel und Hölle in Bewegung setzen, um es durch eine Urabstimmung zu Falle zu bringen, hat an dem Nationalrath Klein einen warmen Fürsprecher gefunden. Klein, der selbst Mitglied der Fabrikgesetzkommision war, erschien nämlich am 25. vorigen Monats in einer Versammlung des Gewerbevereins zu Basel und ließ sich nach der „Fest. Ztg.“ folgendermaßen vernehmen: „Die Herren Fabrikanten suchen sich bei ihrer Agitation gegen das Fabrikgesetz neuerdings hinter den Einwand zu stellen, daß die ganze Angelegenheit von vornherein auf einen falschen Boden gestellt worden sei, insofern die Industriellen nur durch einen Vertreter in der Kommission repräsentirt gewesen. Dies war allerdings in der ersten Urtheilskommission der Fall, in der zweiten aber haben vier Industrielle gesessen und sämmtlich erklärt sie, es werde unsere nationale Industrie auch nach Annahme des Fabrikgesetzes wohl fortbestehen können. Existirt doch die elstündige und noch eine reduzierte Arbeitszeit schon in manchen Fabrikstädten des benachbarten Elsaß, ohne daß die dortigen Fabrikanten im Mindesten über schlimme Folgen zu klagen hätten. Gegentheils sprechen sich dieselben offen dahin aus, daß nicht der ins Prokrustesbett gespannte Arbeitstag, sondern nur die gute Behandlung der Arbeiter und der durch dieselbe ermöglichte Besitz von guten Arbeitern es sei, was die nationale Industrie fortwährensfähig erhalte.“ — Die Vorstudien seien zu ungenügend“, lautet ein anderer Vorwurf der Fabrikanten, die deshalb eine gründliche Enquete verlangen. Die Fabrik-Kommission hat aber, nicht gerade in Basel, aber häufig genug anderswo die Erfahrung gemacht, daß sich bei ihrer Ankunft Fabrikanten und deren Agenten von Morgens früh bis Abends spät in ihren Kreis drängten, um zu vernehmen, welches ihre Marschroute sei und dgl., daß einmal in einer Fabrik sämmtliche dort angestellte Kinder, sechszig an der Zahl, vor Ankuft der Kommission nach Hause geschickt wurden, so daß nur ein noch als unentbehrlich zurückbleibender Heizerjunge das verdächtige Geheimniß ausplaudern konnte! Das ist der Werth jenes Enquete-Berlaugens. Wenn im Ferneren gefragt wird, es werde die Annahme des Fabrikgesetzes die Auswanderung mancher Industrien zur Folge haben, so kann Redner auch diese Eventualität unter Umständen nur begrüßen, falls nämlich das Erü solche Industrien trifft, die mit dem größten und unveräußerlichsten Gute, das wir

## Die „liberale“ Gründerpresse.

(Ein offener Brief des Herrn Slagan.)

In Folge der von mir im Laufe des Jahres 1875 in der „Gartenlaube“ veröffentlichten Artikel: „Der Anfang und Grün-dung erschienen, begann in Deutschland das öffentliche Bewußtsein zu erwachen, begann sich der Unwille zu regen gegen die Gründer und Gründergewinnler, welche das ganze Volk so schamlos ausgeplündert, dem Nationalwohlstand so schwere Wunden geschlagen haben. Diese meine Veröffentlichungen, in denen ich an der Hand altentworfener Materialien die Missethäter, so ohne Ansehen der Person und ohne Rücksicht auf die politische Parteilichkeit, bei Namen nannte, geschahen in dem verbreitetsten Blatte der „Welt“ (?), geschahen in einem „liberalen“ Familienblatte (in der Reichlichen „Gartenlaube“ A. d. R.) und das erklärt die außerordentliche Wirkung, die sie fanden. War doch, wie es sich jetzt herausstellte, die übergroße Mehrzahl der Gründer und Schwindler „liberal“; waren doch die illustren Führer, die gefeiertsten Parlamentsredner der „liberalen“ an den blutigsten Gründungen betheiligt; war doch die „liberale“ Presse bei dem großen Schwindel die Kupplerin, die Zutreiberin gewesen und dafür in jedem einzelnen Falle reichlich bezahlt worden. Die „liberale“ Presse, noch wie vor im Solde der Börse, suchte die Bewegung gegen das Gründertum als eine „reactionäre“ Strömung, als eine Feindseligkeit gegen „Kaiser und Reich“ hinzustellen; die parlamentarischen Gründer benutzten die Tribüne, um ihre Anklage einfach der „Lüge und Verleumdung“ zu bezeichnen, um sie in der gemeinsten Weise zu beschimpfen; ja sie reisten im Lande umher, und donnerten in zusammengetrommelten „Delatoraten“, gegen das „literarische Gründertum.“

Aber auch unter der liberalen Presse fanden sich angehende Organe, wie die „Schlesische“, die „Magdeburger“, die „Augsburger Allgemeine Zeitung“ und das „Frankfurter Journal“, welche es offen aussprachen: ein Gründer dürfe nicht Volksvertreter sein. Auch innerhalb der liberalen Parteien fanden muthig



haben, der Jugend, Schacher treiben, die sogar, wie es wirklich gesehen, Sklavenhändlern gleich, Fabrikanten aus Italien rekrutieren. Uebrigens sei es durchaus nicht nöthig, daß ein Fabrikgesetz, wie das vorliegende, auf industrieller Basis beruhe, sondern daß es auf dem sanitätischen Standpunkt stehe. Und steht es einmal auf diesem, so kann man auch nicht mit dem Einwande kommen, daß es die persönliche Freiheit beschränke. Ein jedes Gesetz thue dies, und diese Beschränkung wäre nur dann eine tabulawerthe, wenn es die individuelle Freiheit zu Gunsten Einzelner beschränke, nicht aber, wenn es dies zum Wohle des Allgemeinen thue. Güte man sich, sagte der Redner zum Schluß, durch eine einseitige Agitation gegen ein gewiß wohlwollendes Gesetz den sozialen Frieden in Frage zu stellen, der nur erhalten werden kann durch einen sozialen Fortschritt.

Zu bedauern ist dabei, daß das Gesetz nicht in allen schweizerischen Arbeiterkreisen diejenigen Sympathien findet, die es verdient. So z. B. war gerade die Versammlung, in der Nationalrath Klein obige Worte sprach, zumeist von Arbeitgebern besucht. Wenn die schweizerischen Arbeiter nicht insgesammt den Agitationen der Fabrikanten entgegenwirken, so kann es leicht dahin kommen, daß das Fabrikgesetz, welches den Arbeitern in vieler Hinsicht zu Gute kommen kann, durch die Urabstimmung verworfen wird. Aber dahin wird es hoffentlich nicht kommen, denn es hieße geradezu Selbstmord begehen, wenn die schweizerischen Arbeiter die Dinge gehen lassen, wie sie gehen.

In Frankreich bereitet Mac Mahon seinen Staatsstreich vor, den die „Republikaner“ durch „passiven Widerstand“ abwehren wollen. Wenn die Republik auf keiner anderen Karte steht, ist sie natürlich verloren. Seitens der deutschen Republikanerpresse wird das Hegegesetz gegen Frankreich mit ungeschwächten Kräften und etwas größerer Vorsicht betrieben.

Die von der „Norddeutschen Allgemeinen“ kolportirte graue Nancy'er Nordgeschichte hat sich natürlich als norddeutsche U.-Gemeinheit herausgestellt.

„Väterchen“ Alexander soll jetzt kriegslustig sein, wie der jüngste Gardelieutenant. Wir trauen's dem „friedliebenden“ Czar zu, zumal seit Jahren sehr bedenkliche Gerüchte — es sind eigentlich schon nicht mehr Gerüchte — über dessen Geisteszustand umlaufen.

Vom Kriegsschauplatz „nichts Neues“ als — Lügen.

Die Berliner Nachwahlen zum Reichstag rücken näher und näher. Die Berliner Genossen thun zwar, was in ihren Kräften steht, um den Sieg an die Fahne des Sozialismus zu heften, nichtbedenklicher ist es Nicht der Parteigenossen Deutschlands, die Berliner in ihrem gewiß nicht leichten Kampfe durch Darbringung sekundärer Opfer zu unterstützen. Man bedenke, daß Berlin der Hauptstich aller gegnerischen Parteien ist, und daß alle diese Parteien sich gegen die Sozialdemokratie verbündet haben. Es verlaunt zwar, daß sich die Ultramontanen der Abstimmung enthalten wollen; aber diese Nachricht ist mit der äußersten Vorsicht aufzunehmen, da sie, abgesehen von der Unberechenbarkeit der ultramontanen Taktik, ebensogut ein fortschrittliches Manöver sein kann, welches die Berliner Genossen in eine vorzeitige Siegesgewißheit einwiegen soll. Das wird nun zwar nicht gelingen, aber man sieht daraus, zu welchen Mitteln die Feinde der Sozialdemokratie greifen, wenn es gilt, dieselbe zu bekämpfen.

Mitzuthellen wäre noch, daß sich der fortschrittliche Kandidat für den 6. Berliner Wahlkreis, Löwe, entschlossen hat, mit dem sozialistischen Kandidaten Hagenfelder in eine Disputation einzutreten, aber nur, und das ist das Blamable für Herrn Löwe, in einer von den Fortschrittler einberufenen Versammlung, zu welcher die Sozialisten fünf, sage fünf ganze Einladungskarten erhalten haben. Gut ab vor dem Muth dieses — Löwen!

Der Stuttgarter „Beobachter“ bringt in seiner Nummer vom 3. d. folgende Erklärung der Reichstagsabgeordneten Payer und Ketter:

Der „Schwäbische Merkur“, der aus sehr durchsichtigen Motiven die parlamentarische Thätigkeit der demokratischen Reichstagsabgeordneten bei jeder Gelegenheit in ein zweifelhaftes Licht zu stellen bemüht ist, läßt sich in seiner Nr. 127 aus Berlin schreiben:

„Interessant ist eine Mittheilung, die der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Frischi auf dem Congreß gemacht: daß in der nächsten Session die sozialistischen Abgeordneten im Bunde mit den drei Volksparteilern (Payer und Ketter aus Württemberg, und Holtz aus Frankfurt) eine selbstständige Fraktion bilden.“

Wenn Herr Frischi das auf dem Sozialistencongreß erklärt hätte, so hätte er zu dieser Erklärung von uns keine Ermächtigung gehabt, da über Bildung einer derartigen selbst-

ständigen Fraktion mit uns überhaupt keine Verhandlungen gepflogen wurden, wir auch einer solchen nicht beitreten würden, während wir nach wie vor alles mit unterstützen werden, was wir als für wirkliche Freiheit und für wirkliche Erleichterung der Lasten des Volkes dienlich erachten, möge es von sozialdemokratischer oder anderer Seite ausgehen.

Nach dem ausführlichen Bericht der „Frankf. Zeitung“ hat aber auf dem Gothaer Congreß Herr Frischi nur „eine Entscheidung des Congresses darüber herbeizuführen gewünscht, ob es den sozialistischen Abgeordneten freigestellt sein solle, sich im Reichstage aus praktischen Gründen eventuell mit der bürgerlichen Demokratie zu einer Fraktion zu vereinigen.“ Herr Liebknecht hat dagegen betont, „daß zu einer solchen Fraktionsbildung keine Veranlassung vorliege und auch keinerlei Aussicht vorhanden sei.“ Unter Hinblick auf diese Erklärungen ging der Congreß zur Tagesordnung über.

Wir können demnach in der Berliner Correspondenz des „Merkur“ nichts finden, als eine nicht mehr ungewöhnliche Verdrehung der Wahrheit, darauf berechnet, einen Theil unserer Wähler mit Mißtrauen gegen uns zu erfüllen, den Unterschied zwischen der bürgerlichen und der Sozialdemokratie scheinbar zu verwischen und hierauf in beliebiger Manier die erste für alles verantwortlich zu machen, was über die letztere gelehrt und gelogen wird. Solchen Kunststücken entgegenzutreten aber halten wir uns jetzt schon für verpflichtet, im Uebrigen werden wir über unsere Thätigkeit in nächster Zeit unseren Wählern persönlich Rechenschaft geben.

Stuttgart, Ulmangen, 1. Juni 1877.

F. Payer.

F. Ketter.“

Wir haben zu dieser Erklärung nichts zu bemerken; müssen aber mittheilen, was die „Frankfurter Zeitung“ dazu sagt. Sie schreibt:

Wir bemerken zu dieser Erklärung, daß es sich bei der in Rede stehenden Fraktionsbildung, wie das eigentlich auf den ersten Blick klar ist, nur um Herstellung einer geschlossenen Gruppe handelte, die es kleineren Parteivereinigungen möglich machen sollte, auf Grund der Geschäftsordnung und der über dieselbe hinaus wirksamen Einrichtungen eine selbstständige, von dem guten Willen anderer Fraktionen unabhängige Thätigkeit zu üben. Kamentlich war es dabei auf Vetheiligung an dem Seniorenconvente und Einwirkung auf die Commissionswahlen abgesehen. Daß Keinem derjenigen, welche bei der Fraktionsbildung in Frage kamen, die Zumuthung gestellt werden konnte, seinen besonderen politischen Standpunkt aufzugeben, ist so natürlich, daß es eigentlich keiner Erwähnung bedurfte. Indeß war bei den privaten Besprechungen, die über die lediglich auf factische Dinge abzielende Fraktionsbildung stattgefunden haben, dieser Punkt zu allem Ueberflus und zur Beruhigung ängstlicher Gemüther ausdrücklich vorbehalten worden. Offizielle Verhandlungen mit den Herren Payer und Ketter haben nicht stattgefunden und nicht stattfinden können, weil sich aus den nichtoffiziellen Auslassungen derselben genau das ergab, was obige Erklärung vollaus bestätigt, daß sie nämlich einer solchen Vereinigung nimmer beitreten würden. Liebknecht's Darstellung ist völlig korrekt; nur möchten wir an ihn die Frage richten: Hat das Anerbieten der Ueberlassung eines Besprechungszimmers (sachlich ist ein solches nicht gegeben worden), hat die Offerte der Bestellung eines Fraktionsdieners (ein solcher hat nicht fungirt) irgend einen Werth, wenn man diejenigen, denen man so freundlich entgegenkommt, von jeder Vetheiligung an dem Seniorenconvente, an den Commissionswahlen u. s. w. absolut ausschließt und sie außerdem, soweit dies überhaupt möglich ist, verhindert, zu Worte zu kommen. Man sollte doch einsehen, daß das divide et impera auch bei der Reichstagsstatistik der Majoritätsparteien leitender Grundsatz ist.

Auf diese Frage hat Liebknecht — wie er glaubt in Ueber-einstimmung mit allen seinen Kollegen — zu antworten: Von dem Besprechungszimmer und Fraktionsdiener, die den sozialistischen Abgeordneten allerdings zur Verfügung gestellt sind, sprach er bloß nebenbei, um zu zeigen, daß unsern Abgeordneten — was früher nicht der Fall war, jetzt die Möglichkeit gegeben ist, im Reichstagsgebäude selbst regelmäßige Conferenzen abzuhalten. Die Ausschließung vom Seniorenconvent (dem „Ring“, welcher die Geschäfte des „Hauses“ hinter den Coullissen abmacht) und den Commissionswahlen hat für unsere Abgeordneten unzweifelhaft Nachtheile, aber, abgesehen davon, daß sie sich niemals auf einen parlamentarischen „Kudelmuddel“ einlassen würden, sind sie vorläufig nicht in der Lage, diese Nachtheile ohne schwere Prinzipienopfer beseitigen zu können.

Von dem Fraktionsprojekt braucht nicht mehr geredet zu werden — es ist in's Wasser gefallen. Zur Erreichung der praktischen Zwecke, welche der Urheber desselben im Auge hatte, ist übrigens auch eine Fraktionsbildung gar nicht nöthig. Männer

verschiedenen Strebziels, die aber eine Strecke gemeinsamen Wegs haben, kommen viel besser mit einander aus, wenn sie die „Politik der freien Hand“ befolgen, als wenn sie sich durch eine unnatürliche Allianz binden, die doch nicht gehalten wird.

Die „Neue freie deutsche Arbeiterpartei“ hat mit ihrem Debut in Kassel ein klägliches Fiasko gemacht, das geben selbst Bourgeoiszeitungen zu, die sich doch gewiß verpflichtet fühlen müßten, diese politische Mißgeburt möglichst aufzuputzen. Die „Weser Zeitung“ z. B. sagt: „Die sogenannte Neue freie deutsche Arbeiterpartei hatte für den 3. und 4. Juni einen ersten Congreß in Kassel anberaumt, um auf diesem die Verathung der Statuten, die Feststellung der Parteiorganisation, die Grundzüge und Normen der Agitation, die Wahl eines Parteiorgans, des Vorstandes und Vorortes sowie die Festsetzung des nächstjährigen Congreßortes zu verathen. Wider Erwarten war bei der heute stattgehabten Eröffnung des Congresses durch den Redakteur der „Dortmunder Zeitung“, Hr. Kutschbach, die Vetheiligung eine so schwache — es waren kaum 30 Personen erschienen —, daß sofort ein Antrag des anwesenden Abg. Dr. Max Hirsch: den heutigen Congreß nur als eine Vorbesprechung für die eigentliche Parteigründung zu erklären, allgemeinen Anklang fand. Auch wurde eifrig dafür plaidirt, vorläufig nominell nicht eine neue „Partei“, sondern nur eine „Vereinigung“ anzustreben. Da die Benennung „Neue freie deutsche Arbeiterpartei“ aber mehrfach vom Beitritt zurückgeschreckt habe, so wurde auch die Abänderung des Namens dieser Vereinigung und zwar in „Deutscher Arbeiter-Congreß“ vorgeschlagen und acceptirt. Die Statutenverathung sollte einer Vorberathung durch fünf Commissionsmitglieder unterworfen werden, welche heute Nachmittag stattfindet. Die Verhandlungen, denen übrigens in üblicher Weise auch ein Polizeicommissar anwohnte, zeichneten sich bis jetzt durch große Unklarheit und Verwirrenheit der Ansichten aus, sodaß es leider den zugegen gewesenen sozialdemokratischen Parteimitgliedern nicht an einer Handhabe fehlen wird, sich über die neuen Segner in ihren Preshorganen lustig zu machen. Kam doch sogar in einer Rede der originelle Passus vor, „die Ausführungen des Herrn Vorredners hätten an Unklarheit manches zu wünschen übrig gelassen.“

Die Zeitung der „Partei“, „Vereinigung“, „Deutscher Arbeiter-Congreß“, oder wie sich sonst noch der fortschrittlich-liberale Wechselbalg nennen mag, ist in die Hände Wäghen's und Kutschbach's gelegt — Namen, die kein selbstbewußter Arbeiter nennen hören kann, ohne in heiteres Lachen auszubrechen.

Zum „geistigen Kampf“ gegen die Sozialdemokratie liefert unser Crimmitschauer Parteiorgan folgenden Beitrag: „Unser Redakteur Peukert ist mit einer neuen Klage beglückt, Nr. 9 der zur Zeit bei dem hiesigen kgl. Gerichtsamt anhängigen Klage ist der „berühmte“ Professor Dr. Birnbaum in Leipzig. Er fühlt sich beleidigt durch eine in Nr. 56 des „Vgr. u. Vfrd.“ enthaltene Notiz aus Crimmitschau, in der der Professor „Durchfalls-Kandidat“ und „gefallene Größe“ genannt wird; es soll ihm in der Notiz ferner „hohe Begabung für Gränerei“ vorgeworfen sein. Ferner fühlt sich der Herr Professor beleidigt durch die Frage: Warum er nicht „wage“ öffentlich zu sprechen, desgleichen durch den Satz: „Er liebe es, hinter verschlossenen Thüren über die Sozialisten zu fesseln“. Der Herr Professor stellt deshalb durch seinen Advokaten wider den „sogenannten verantwortlichen Redakteur“ Strafantrag und bittet um dessen nachdrückliche Bestrafung (wie freundlich!) wegen öffentlicher „Beleidigung“.

Weiter meldet die „Dressdner Volkszeitung“, daß ihr Redakteur G. Volkmar wegen zweier Majestätsbeleidigungen vor den Untersuchungsrichter beschieden worden sei. Außerdem hätte Genosse Volkmar seitens der Staatsanwaltschaft noch eine Vorladung erhalten, um wegen der Verfasser einer Anzahl Artikel Auskunft zu ertheilen. — Und da wir nun einmal bei dem Prozeßthema sind, so wollen wir, um nicht falscher Bescheidenheit geziehen zu werden, hier gleich die Mittheilung anfügen, daß zwei Redakteure des „Vorwärts“ das ansehnliche Bündel von 16 Prozeßen auf dem Rücken haben.

### Aus den La Plata-Staaten (Südamerika).

Buenos-Ayres, den 20. April 1877.

Soeben lese ich in zwei halb-offiziellen hiesigen Zeitungen, daß der augenblicklich auf einer Reise nach Deutschland begriffene, bei der hiesigen Regierung das deutsche Reich vertretende Minister-Resident, Herr Holleben, beabsichtigt, bei der deutschen Regierung eine Massenauswanderung deutscher Ackerbauer nach der Provinz Mendoza zu befürworten und zu empfehlen.

Wenn es auch kaum wahrscheinlich klingt, daß ein deutscher Gesandter sich zu einem Auswanderungs-Agenten hergeben sollte,

dieser zweite Theil auch die Hauptgründer Rheinlands und Westphalens enthält, darunter seine speziellen Freunde und Gönner, die „hochgeachteten“ Verfasser und Aufsichtsräthe der famosen „Wesphälischen Union“ (Cours einst 112, jetzt 4 Bri f) und der noch famoseren Eisenindustrie- und Brückenbau-Gesellschaft vorm. Joh. Kaspar Hartort (Cours 0). Dies empört den hiesigen Schroers dermaßen, daß er sich zum Schluß seines Artikels noch einmal erbricht, und dann bedenklich äußert: es sei doch etwas faul im Neuen Deutschen Reiche, und der „gesellschaftliche Untergrund“ (was mag sich Schroers wohl dabei denken?) sei ein „tief kranker“.

Ich wiederhole dies Alles nur, um zu zeigen, was ein Schroers seinen Lesern bieten darf. Ich weiß sehr wohl, daß ich dem Manne durch meine Entgegnung eine sehr unverdiente Ehre erweise, aber dieser Schroers ist der Repräsentant der „liberalen“ Unrunderpresse, und zugleich der Typus der „Kulturkämpfer“, die ununterbrochen gegen „Pflaffen“ und „Jesuiten“ donnern, um dadurch die Aufmerksamkeit von den Gründern und Schwindlern und ihren verbrecherischen Unthaten abzulenken. Meine Bücher haben nichts mit dem Streite der Parteien zu thun, sie stehen über den Parteien; ich huldige nach wie vor in politischer wie in kirchlicher Hinsicht einer entschiedenen liberalen Richtung, aber ich verabscheue gleich sehr die Gründer wie die „Kulturkämpfer“ und ich habe zuerst nachgewiesen, daß beide in der Regel identisch sind.

Berlin, den 16. Mai 1877.

Dtto Glagan.

— Nicht arbeitslos. Als ich die Skizze: „Auf der Reise in's Kaiserland“ (Nr. 63) schrieb, wußte ich noch gar nicht einmal, daß Herr Dannenberg wirklich ein Bruder Hamburger und dabei eine Art sozialpolitisches Kirchenlicht sei. Nun las ich neulich in der „Frankfurter Zeitung“, daß Herr Dannenberg-Hamburg, Sozialpolitiker (Katheder-Sozialist) am 10. October dieses Jahres in Berlin, woselbst die Katheder-Sozialisten vom 8. bis 10. October tagen werden, über das Thema „Die Reform der Gewerbeordnung, mit besonderer Rücksicht auf die im Reichstage eingebrachten Vorschläge“ referiren wird.

Herr Dannenberg leidet also noch nicht an „Arbeitslosigkeit“, da er voraussichtlich am 10. October leeres Stroh drehen wird. K. M.

einzelne Männer auf und erklärten sich gegen die Wiederwahl solcher Abgeordneten, welche durch Gründungen belastet waren. Als es im vorigen Herbst zu den Neuwahlen ging, wandten sich etliche dieser Männer an mich und forderten von mir Auskunft über die gründerische Thätigkeit des in ihrem Wahlkreise aufgestellten Kandidaten. Unter Anderen that dies auch der Stadtverordnete Peters aus Duisburg, welcher gegen die Wiederwahl des von mir in der „Gartenlaube“ als Gründer der so traurigen „Deutschen Eisenbahnbau-Gesellschaft“ genannten Dr. Friedrich Hammacher agitirte. Hammacher gehört, wie ich in meiner Antwort auseinandersetzte, zu den Gründern ersten Ranges und ist bei zahlreichen Gründungen theilhaftig, und diese kosten dem Publikum Verluste, welche ich zusammen auf etwa 20 Millionen Thaler veranschlagte. Ohne mein Zutun und ohne meine Einwilligung veröffentlichte Herr Peters diesen Brief in dem (jetzt bereits eingeschlissenen — Ann. d. Red.) „Duisburger Tageblatt“, worauf Herr Hammacher eine sehr matte Erwiderung folgen ließ. Thatsächlich konnte er die ihm vorgehaltenen langen Reichen von Gründungen nicht ableugnen, sondern suchte sie nur zu entschuldigen. Inbesseren erklärte eine Urwählerversammlung zu Rülheim an der Ruhr, daß Hammacher sich gegenüber allen „verleumderischen Angriffen“ glänzend gerechtfertigt habe, und er erhielt denn auch wieder ein Mandat für das Abgeordnetenhaus.

Als leidenschaftliche Parteigängerin des vielfachen, aber angeblich tief gekränkten, weil ganz unschuldigen Gründers Hammacher, trat die in Duisburg erscheinende „Rhein- und Ruhrzeitung“ auf, welche von einem gewissen Wilhelm Schroers redigirt wird, und nun, ohne eine sachliche Disposition aus nur zu versuchen, über Herrn Peters und mich eine Fluth der übelsten Schmähungen ergoß. Dieser Schroers, auch als wüthiger „Kulturkämpfer“ bekannt, der gewissermaßen den Bedienten Hammacher's machte, und sich überhaupt als begeisterten Anwalt der Gründer und Gründergenossen gerirt, ist, wie seine Schreibweise befundet, ein Mensch von der untergeordnetsten Bildung, der seine Kenntnisse, je nach Bedarf, aus dem kleinsten Brochhaus bezieht und sich stets in den besten abgedroschenen Phrasen benehmt. Er hat noch nie einen eigenen Gedanken gehabt, sondern er

ernährt sich von den Einfällen und Redensarten, die ihm Hammacher und Genossen zuwerfen. Er laut nur wieder, was die Gründer zu ihrer Rechtfertigung und zur „Brandmarkung“ der „Verleumder“ schon tausendmal gesagt haben, aber in seinem Munde nimmt dieses Gewäsch eine noch ekelhaftere Gestalt an, indem er es mit den wüthigsten Schimpfereien vermischt und dazu fortwährend Eimer mit Spillicht ausgießt.

Zu dem jetzt erschienenen zweiten Theil meines Buches „Der Börsen- und Gründungswind in Deutschland“ habe ich auch die Mohnenwäsche der parlamentarischen Gründer, sowie die tiefe Korruption der Presse behandelt. Meine Schrift ist nur wenigen auserwählten Zeitungen zugegangen, Zeitungen der verschiedensten Parteirichtung, aber nur solchen, die von den Gründern unabhängig sind. Die eigentlichen Gründerblätter haben mein Buch gar nicht erhalten, weil mein Verleger mit diesen sehr üble Erfahrungen gemacht hat; nicht nur, daß sie den ersten Theil der Schrift völlig todtschwiegen: sie haben ihn häufig auch noch verkauft und damit einen einträglichen Handel getrieben. Der „Rhein- und Ruhrzeitung“ ist mein Buch nicht eingesandt; trotzdem hat dieser Schroers ihm einen neuen langen Schmäh- und Schimpfartikel gewidmet. Er erzählt, wie es ihm von einem Sortimenter (wahrscheinlich nur zur Ansicht) zugehört; wie er es nur durchflog (wahrscheinlich nur hineinguckt), um es wieder zurückgeben zu können — aber trotzdem bringt er lange Auszüge, bricht er über das ganze Buch den Stab und verurtheilt es zu Galgen und Rad. Er nennt es „vielleicht die blutigste Gründung“, weil es „Hundertern von ehrenhaften und sehr angesehenen Männern (nämlich den Gründern und Gründergenossen) ihre Ehre und ihren guten Namen raubt“; es ist ihm „der moralische Massenmord, die Verleumdung und Ehrabschneidung an groß“ (weil es nämlich die meistens tragische Geschichte der einzelnen Gründungen erzählt). Er ist empört, daß der erste Theil meines Buches so viele Auflagen erlebt hat, und er findet, daß dieser zweite Theil den „moralischen Massenmord in noch erschreckenderen Dimensionen“ betreibt (weil er nämlich die in der Schwindelperiode entstandenen Aktiengesellschaften ziemlich vollständig vorführt). Er schießt mit Grimm und Schrecken, daß



fern, als Dr. Holleben kürzlich, wenn auch nur in geschlossener Rutsche, durch die Republik gereist und auch in Mendoza gewesen ist, und daß auch in Mendoza augenblicklich ein reges Bestreben auf dem Felde der Kolonisation und Einwanderung sich bemerkbar macht.

Kann nun dem Auswanderungslustigen gerade dieses von besonderen Naturgaben strotzende, von höchst günstigen Klimaverhältnissen begünstigte Land als Ziel seiner Wanderlust nur empfohlen werden, so muß doch augenblicklich auf das Entschiedenste vor den Mendoza-Kolonisationsprojekten gewarnt werden.

Es gilt nämlich dabei einem Konsortium so gut wie total bankrotter Spekulateure in Mendoza auf die Beine zu helfen.

Im Staate Mendoza traten die reichen Gutsbesitzer vor einigen Jahren zusammen, und gründeten die Banco de Mendoza, emittierten ungeheure Mengen Papiergeld, ließen sich, da sie selbst die Regierenden sind, von der Regierung die schändlichsten und tollsten Privilegien verleihen, als da sind: Zwangscours auf viele Jahre, einziges Recht der Zettelausgabe, und andere Rechte, die auf die barbarischste, ungeheuerlichste Ausplünderung und Ausbeutung des Volkes absehen. Indessen verlor außerhalb des Staates Mendoza die Bank allen Kredit, und die benachbarten Staaten weigern sich, die Zettel jener Bank anders als mit 95 pCt. Verlust courfieren zu lassen, d. h. die Zettel gelten gar nichts außerhalb Mendoza, während in Mendoza selbst gar kein anderes Geld gelehrt wird.

Jenes Bankkonsortium der Regierenden besitzt nun ungeheure Ländereien im Süden von Mendoza, die mit dem Gebiete der wilden Ranqueles-Indianer zusammenstoßen. Dieses Gebiet ist außerordentlich geeignet zur Viehzucht, von niederem Gehölz, und herrlichem Weidelande besetzt, — aber gänzlich unbewohnt, — weil die Indianer eben hier Herren sind, und auf ihren Raubzügen von hier das Vieh wegstehlen, die Männer tödten, und Frauen und Kinder in die Gefangenschaft mitnehmen. Wilde Geschichten haben hier gespielt. So sind jene weiten Gebiete heute gänzlich werthlos.

Die Herrn von der Mendoza-Bank und der Regierung möchten nun aber, nachdem bei ihren Landsleuten eben nichts mehr, selbst durch den stärksten Druck nicht, auszupressen ist, neue Vögel in ihren Netzen fangen, und das ist der Grund des Kolonisationsprojektes.

Die Kolonisten sollen einmal die Indianer zurückhalten, und dann namentlich den Grund und Boden durch ihre Arbeit werthvoll machen, wofür ihnen die Mendoza-Bankzettel werden aufgezogen werden, — und einmal dort, ist der Kolonist eben auf Gnade und Ungnade in Händen jener Großgrundbesitzer und Regierenden. 200 Meilen Einde trennen ihn von der östlichen Küste, und die nur während 5 Monaten auf einzelnen Pfaden schwierig zu passierenden ungeheuren Cordilleren machen einen Ausbruch nach der Westküste noch unmöglich.

Dazu befindet sich jetzt hier augenblicklich das Land in einer furchtbaren Handelskrise. Man hofft, daß ein russisch-türkischer Krieg die Landesprodukte Felle, Talg und Wolle, — im Preise steigern und dem allgemeinen Nothstande dadurch ein Ende machen wird.

Parteienossen! wandert nicht aus! Hütet Euch namentlich vor solchen Mendoza-Kolonisationsprojekten, — jeder der Noth drüben Entschiedenste möchte hier in eine weit schlimmere gerathen!

Der „Vorwärts“ ist ein Volksblatt im wahren Sinne des Wortes, darum wende ich mich an ihn. Laßt Euch nicht durch Auswandereragenten verführen, vor allen Dingen verpflichtet Euch nicht zu Leistungen, die Ihr hier zu erfüllen verspricht, es möchte Euch sehr reuen. Ausbeuter giebt es überall und hier nicht minder.

Hoch die Sozialdemokratie!

### Correspondenzen.

**Göppingen, im Juni.** (Situationsbericht.) Ich halte es an der Zeit einige Worte über die hiesigen Verhältnisse zu verlieren. Die Geschäfte gehen durchschnittlich flau. Die seit einigen Jahren hier bestehende Hutfabrik, welche bis vor wenigen Monaten noch am besten ging, resp. ihre Arbeiter die volle Tageszeit beschäftigte, fabriziert nur noch die Hälfte. Die Eisenindustrie, welche in dem hiesigen 10,000 Einwohner zählenden Städtchen noch vor Jahresfrist zwischen 3—400 Arbeiter beschäftigte, zählt kaum mehr über 120 Arbeiter. Bei dieser Gelegenheit will ich einen Umstand erwähnen, der nicht häufig genug besprochen werden kann: es sind die Fabrik-Krankenkassen und das Innehalten vom Lohne. Im Herbst vorigen Jahres liquidirte die Maschinenfabrik von Friedrich Rapp hier. Nicht genug, daß von den vermeintlichen Tausenden, welche in den Fabrik-Krankenkasse enthalten sein sollten, rein nichts vorhanden war, kamen die Arbeiter auch noch um den 14-tägigen Lohn und um die innegehaltene Summe, welche von den ersten 8 Tagen des Arbeitsantritts jedem dort beschäftigten Arbeiter sorglich aufgehoben war, wie dies in vielen Fabriken hier Gebrauch ist. Es kam jeder Arbeiter durchschnittlich um 50—75 Mark dreiwöchentlichen Lohn, denn die fünfte Klasse hatte bei einer Forderung von ca. 20 Prozent an der Schuldenmasse nichts zu hoffen. Für die hiesigen Fabrikanten in ihrer Mehrheit wäre der Absatz 2 des § 119 des Arbeitervertragsgesetzes wohl angebracht, denn über das Innehalten von Lohn konnte von hier sehr viel berichtet werden. — Die Weberei, die verhältnismäßig zu den andern Branchen noch am besten geht, wird zu schlecht bezahlt, denn das eine Mal wird am Lohne reduziert und einige Wochen darauf die Keite oder der Zettel verlängert; anfangs wird bei neuen Artikeln oft mittelmäßig bezahlt, bald aber mehr Schuß auf den Loh verlangte, und damit die Sache möglichst geräuschlos vor sich geht, wird von Samstag auf Montag der Wechsel zum Nachtheil des Arbeiters verändert. — Seit 6—7 Monaten laufen eine Masse von Handwerksburschen herum, dieselben erhalten hier, wenn sie keine Schuhmacher sind, 20 Pfennig Stadtgeschenk und können dann sehen, wie sie mit diesem Heidegeld zurecht kommen. Dat aber einer das Glück, Schuhmacher zu sein, so bekommt er von dem von der Schuhmachergewerkschaft gegründeten Arbeitsnachweisebureau eine Karte, mit welcher er bei den Schuhmachermeistern umschauen darf. Darum, Arbeiter, tretet den Gewerkschaften bei oder gründet solche wo noch keine bestehen, damit das „Rechten“ nicht nothwendig ist. — Die Benützung unserer „Vereinigten Arbeiter-Verberge“ bei Restaurateur Rehm, welche seit Anfang dieses Jahres besteht, hat gezeigt, daß hierdurch einem wesentlichen Bedürfnis abgeholfen wurde. Zu wünschen wäre nur, daß die Arbeiter unserer Sache immer zahlreicher sich anschließen möchten, was mittels Beitritt zur sozialistischen Arbeiterpartei, oder zu einer der bestehenden drei Gewerkschaften (Schuhmacher-, Metallarbeiter- und Manufakturarbeiter-Gewerkschaft) geschehen könnte.

**Teuchern.** In Anbetracht der Verfügung, welche Polizeidirektor Räder in Leipzig gegen das Sammeln von freiwilligen Geldspenden in öffentlichen Versammlungen erlassen hat, halte ich es für angezeigt, den sächsischen Parteigenossen bekannt zu

geben, wie die Behörden hierzulande über die freiwilligen Sammlungen in geheimer Hinsicht denken. In einer am 8. Januar d. J. hier abgehaltenen Versammlung wurde, wie das überall üblich ist, eine Teller Sammlung zur Deckung der Kosten vorgenommen; hierin erblühte die Polizei einen Verstoß gegen das Gesetz und wurden die Veranstalter der Teller Sammlung Jeder zu 15 Mark Geldstrafe verurtheilt. Auf Antrag der Beurtheilten wurde die Angelegenheit dem Kreisgericht zu Zeit übergeben und dieses fällt am 25. Mai das nachfolgende Urtheil:

„In Erwägung, daß zwar auf Grund des unbedenklichen einmüthigen Zugeständnisses der beiden Angeklagten thatsächlich feststeht, daß am 8. Januar 1877 gelegentlich einer zu Teuchern in dem Jedermann zugänglichen Rathshausaal zum Zwecke der Reichstagswahl berufenen Volksversammlung von den Theilnehmern an der Versammlung zur Deckung der Kosten der Beleuchtung und Heizung des Versammlungslokals freiwillige Geldbeiträge zu sammeln beschlossen worden ist, der Angeklagte Karl Friedrich August Otto als Vorsitzender der Versammlung in Ausführung dieses Beschlusses seinen Bruder, den Mitangeklagten Friedrich Heinrich Otto, mit der Ein Sammlung dieser Gelder beauftragt, und Vorklerer in Gemäßheit dieses Auftrags die Sammlung vorgenommen und dabei 7,25 Mark erzielt hat, ohne irgend eine obrigkeitliche Erlaubnis zum Ein sammeln gehabt zu haben, Karl Friedrich August Otto also als Veranstalter und Friedrich Heinrich Otto als Ausführer der ohne obrigkeitliche Genehmigung stattgehabten Geldsammlung zu betrachten ist;

„in Erwägung, daß indess ein derartiges Sammeln, trotzdem daß es an einem öffentlichen Orte geschehen, schon nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauche nicht als eine öffentliche Kollekte, d. h. eine durch die öffentlichen Blätter oder durch einen Umlauf von Haus zu Haus erlassene Aufforderung zur Entrichtung freiwilliger Geldbeiträge aufzufassen ist, außerdem aber sich auch im Hinblick auf § 4 der Verordnung Königl. Regierung zu Merseburg vom 25. Mai 1867, wonach, um Täuschungen des Publikums zu verhindern, bei Ein Sammlung der genehmigten Kollekten aller für den Umlauf bestimmten Kollektendbücher und Subscriptionslisten eine Abschrift des Genehmigungserlasses, unter Genehmigung durch eine öffentliche Behörde, anzuhängen ist, nicht unter den rechtlichen Begriff einer öffentlichen Kollekte subsumieren läßt;

„in Erwägung, daß mithin durch die Handlungen der beiden Angeklagten der Thatbestand des § 1 l. c., welcher Jeden, der eine öffentliche Kollekte, zu welcher die gesetzliche Genehmigung des Oberpräsidenten nicht erteilt ist, veranstaltet, vermittelt oder ausführt u. s. w., mit einer Geldstrafe von 1—10 Thlr. belegt, nicht erfüllt worden ist, § 1 cit. also auf sie auch nicht zur Anwendung gelangen darf;

„in Erwägung, daß die Entscheidung des Kostenpunktes sich aus § 178 der Verordnung vom 3. Januar 1819 ergibt, die Angeklagten Karl Friedrich August Otto und Friedrich Heinrich Otto des unbefugten Collectirens nicht schuldig, und deshalb ein Jeder von ihnen von Strafe und Kosten freizusprechen.“

Man sieht an diesem Falle, daß die Polizei in der Auslegung von Gesetzesbestimmungen nicht unfehlbar ist, und auch die Leipziger Parteigenossen werden sich das Recht der Teller Sammlung in öffentlichen Versammlungen, welches sie übrigens, wie ich weiß, schon seit langen Jahren ungehindert ausgeübt haben, gewiß nicht so leicht entziehen lassen. W. Otto.

**Meerane, 4. Juni.** Gestern fand unter großer Theilnahme der hiesigen Gesinnungsgenossen die Beerdigung unseres Genossen Franz Kaufmann statt. R. war ein treuer Anhänger und Verfechter der sozialistischen Prinzipien. Erst 38 Jahre alt und Vater von fünf Kindern, hatte R. noch kurz vor seinem Tode ein Vergerniß mit einem hiesigen Fabrikanten gehabt. R. sollte nämlich für ein Stück Bewaare, an dem er 14 Tage gearbeitet hatte, den Hungerlohn von 12 Mark erhalten, er bekam aber nur 6 Mark, weil ein kleiner Fehler in dem Stück vorgefunden wurde. R. hatte sich darüber so sehr alterirt, daß ihn nach kaum 8 Tagen ein Schlaganfall auf der linken Seite traf, und erst nach fünfzigem schwerem Leiden starb er. Am dritten Tage nach dem Vorfalle sandte der Herr Fabrikant die 6 Mark Abzug und auch noch ein Ueberbleibsel vom Mittagessen; wahrheitsgemäß glaubte der Herr Fabrikant hiermit einen Samariterdienst gethan zu haben. Auf diese und ähnliche Weise werden Tausende und Abertausende auf dem ökonomischen Schlachtfelde geopfert. Der Fabrikant lebt ohne Sorgen weiter und die arme Wittwe wird nicht wissen, was sie ihren Kindern zu essen geben soll. Das ist die Harmonie zwischen Arbeit und Kapital! Und wie in ökonomischer, so auch in politischer Hinsicht; doch davon später. Ich meine, die Arbeiter von Meerane haben alle Ursache, sozialistisch zu sein und zu bleiben.

**Friedberg in der Wetterau, 4. Juni.** Nachdem seit einiger Zeit hieselbst eine Mitgliedschaft der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands entstanden und dieselbe bereits einige Schärmügel mit ihren Gegnern siegreich bestanden hatte, rückten gestern circa 25 tüchtige Sozialisten, in ihrer Mitte den Herrn Ulrich aus Offenbach, nach dem eine gute Stunde von hier entfernten Ober-Rosbach. Eine durch Herrn Berg einberufene Versammlung tagte bei Herrn Engel und der Herr Bürgermeister präsidirte derselben. Herr Ulrich widerlegte in seiner einstündigen Red: die Angriffe der „Liberalen“ und bewies unter allgemeinem Beifall der Anwesenden, daß nicht die Sozialisten, sondern deren Gegner die wirklichen Theiler seien. Die Theilnahme der andächtig laufenden Bürger Ober-Rosbachs, sowie der wiederholte Beifall, der dem Redner gezollt wurde, berechtigten uns zu den schönsten Hoffnungen.

**Duisburg, 29. Mai.** (Er mordung eines Sozialisten.) Ein in der Ruhfeldstraße wohnender Maurer hat gestern Abend gegen 11 Uhr seinen Zimmergenossen, einen Marmorpolierer, durch einen Pistolenschuß getödtet. Der Maurer hatte unlängst den sozialistisch gesinnten Marmorpolierer denunziert, weil derselbe den Fürsten Bismarck beleidigt habe. Gestern war der Angeklagte dieserhalb verhört worden und war dann Abends kurz vor 11 Uhr nach Hause zurückgekehrt, als der Denunziant bereits im Bette lag. Gleich darauf wurde der Schuß gehört, nach welchem der Betroffene noch einige Schritte nach einem anderen Zimmer that und alsbald leblos zusammenbrach. Bei der vorgenommenen ärztlichen Untersuchung zeigte sich, daß die Kugel in die Brust gedrungen war. Der Denunziant und Thäter, der sich alsbald nach der That, nur mit dem Hemde bekleidet, auf das Dach gestürzt hatte, angeblich aus Furcht vor der Rache des Getödteten, den er nicht für todt hielt, kam auf den Ruf des inzwischen erschienenen Polizeibeamten herbei und gestand, daß er den Mord begangen habe. Er sei, bereits im Bette liegend, von dem heimkehrenden, wegen der Denunziation höchst aufgebrachtem Marmorpolierer überfallen worden und habe sich desselben nicht anders zu erwehren gewußt, als dadurch, daß er nach dem Pistol gegriffen und den Schuß gegen

denfelben abgefeuert habe. Diese Ausrade klingt sehr ungläubwürdig, da der Thäter sich zuvor mit der Waffe versehen hat.

**Quittung.** Von J. Hrd. Radworn Ab. 1.60. Brbm. Gotha Ab. 13.00. Sbrt. Kassel Ab. 13.40. Rnt. Frankfurt Ab. 46.00. Brnl. Pest Schrift 34.09. Hsch. Stuttgart Ab. 10.60. Blr. Dudaß Schr. 2.56. Grh. Mühlhausen Schr. 2.80. Hrbg. Würzburg Schr. 8.40. Rh. Darmstadt Ab. 10.10. Ncht. Daindorf Ab. 2.80. Schr. 5.35. Dr. Callenberg Schr. 4.00. Gglr. hier Ab. 7.20. Dg. hier Ab. 3.20. Rlp. Saarbrücken Kun. 1.00. Sfar. Mainz Ab. 33.15. Arbeiterverein Burgdorf Ab. 2.60. Grch. Hst. Ab. 6.00. Wede. Stötterich Ana. 3.10. Ab. 13.20 u. 19.80. Grhl. Karberberg Ab. 1.00. Hh. Frankfurt Ab. 20.80. Rttmtr. München Schr. 14.80. Pngr. Bremen Schr. 6.90. Drbg. Gießen Schr. 2.80. Grstliberein Sitten Ab. 5.00.

**Berliner Bahifonds.**  
Von Sch. und R. hier 1.80. Von Arbeitern d. r. Cigarettenfabrik von Lotterbeck und Fiedler 2.75.

**Fond für Gemäßigtele.**  
Von J. D. Berlin 34.30 Dividende.

**Frankfurt a. M. u. Umgegend.** Allen Genossen zur Nachricht, das Abonnements auf alle sozialistischen Zeitungen („Vorwärts“, „Neue Welt“, „Roths Fahne“, „Berliner Freie Presse“, „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ u. s. w.) zu jeder Tageszeit angenommen und pünktlich besorgt werden von  
W. Knoke, Kl. Eichenheimerstr. 45. [60]

**Hamburg.** Dienstag, den 12. Juni, Abends präzis 1/9 Uhr, bei Hrn. Häbner, gr. Rosenstraße 37:  
**Geschlossene Mitgliederversammlung.**  
Tagesordnung: 1. Fahnen-Angelegenheit. 2. Besprechung über ein Sommervergnügen.  
Die Mitglieder werden ersucht zahlreich zu erscheinen. [90]  
G. Klaus.

**Halle a. S.** Sozialdemokratischer Arbeiterverein.  
Dienstag, den 12. ds. Mts., Abends 8 Uhr,  
Große Ballstraße 24:  
**Geschlossene Mitglieder-Versammlung.**  
Tagesordnung: Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes.  
Mitgliedskarten müssen vorgezeigt werden. D. B. [70]

**Saarbrücken-St. Johann.** Sonntag, 10. Juni, Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Hrn. Wllig in St. Johann: (R. 180)  
**Volksversammlung.**  
Tagesordnung: Berichterstattung des Delegirten Hrn. Kaulitz über den Gothaer Congreß. 2. Die indirekten Steuern. Referent Hr. Hadenberger. Die Einberufer. [100]

Von nachstehenden Schriften wurden die Preise wesentlich herabgesetzt und empfehlen wir dieselben zur weitesten Verbreitung:

Auerbach, Tagebuch aus Wien	Mark	70.
Bergmanns Fluch. Bericht über den Delegirtencongr. sächsischer Berg- u. Hüttenarbeiter zu Zwickau 1874	—	10.
Blos, W. Unsere Preßzustände	—	10.
Bürgerkrieg in Frankreich	—	15.
Culturkampf und Volksschule in Preußen	—	10.
Die parlamentarische Thätigkeit von 1871—74	—	10.
Die Volksschule und die Lage ihrer Lehrer in der Provinz Preußen	—	10.
Carrius, J. G. Kampf des großen und kleinen Kapitals	—	15.
Engels, F. Zur Wohnungsfrage. 3 Hefte	—	30.
— — — — — Balunisten an der Arbeit	—	10.
Herr v. Treitschke der Sozialistenbitter und die Endziele des Liberalismus	—	20.
Hillmann, Praktische Emanzipationswünsche	—	10.
— — — — — Die Organisation der Wollen	—	20.
Hirsch, die Parteipresse, ihre Bedeutung und Organisation	—	10.
Liebnecht, Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie	—	10.
— — — — — Wissen ist Macht — Macht ist Wissen. 2. Aufl.	—	20.
— — — — — Reichstagsrede 1874	—	10.
Preussischer Schnaps im deutschen Reichstage	—	05.
Volkstaat-Kalender für 1874	—	20.
— — — — — für 1875	—	20.
Wohnungsfrage. Eine soziale Skizze	—	10.
Wort, Die industrielle Arbeiterfrage	—	10.

Die Filialexpeditionen werden um sofortige Mittheilung ihres Lagerbestandes ersucht, damit wir ihnen die Preisdifferenz gutschreiben können. Spätere Reklamationen können keine Berücksichtigung finden.  
Leipzig, den 7. Juni 1877.

**Die Expedition des „Vorwärts“.**  
Wir empfehlen unsere Beilage zur „Neuen Welt“ Nr. 20, enthaltend:  
**Karten vom russisch-türkischen Kriegsschauplatz.**  
Preis pro Stück 10 Pfg. In Partien billiger.  
Leipzig.  
**Die Expedition der „Neuen Welt“.**  
Färberstr. 12. 11.

Bei der Volksbuchhandlung in Järich ist erschienen und durch uns zu beziehen:

**Der Staat**  
vom sozialdemokratischen Standpunkt aus.  
Eine Auseinandersetzung mit den „Anarchisten“.  
Von Hermann Grenlich, Redakteur der „Tagwacht“.  
2 1/2 Bogen groß Oktav. — Preis 25 Pf.  
Die Buchhandlung des „Vorwärts“.

Durch uns ist zu beziehen:  
**Que Faire?**  
Französischer Roman von Tchernyschewskij.  
33 Bogen stark. Preis 4 Mark.  
Die Expedition des „Vorwärts“.

Wir empfehlen:  
**Grundzüge der Nationalökonomie**  
von  
**E. A. Schramm.**  
76 Seiten Oktav, Einzelpreis 25 Pf., in Partien bezogen 20 Pf. pr. Expl.  
Die Expedition des „Vorwärts“.  
Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert in Leipzig.  
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/11, in Leipzig.  
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.